

gestellt hatte, daß mehrere Arbeiter nicht zweckvoll eingesetzt waren. In der Aussprache mit der Betriebsleitung trat ein großer Mangel zutage. Sie hatte Sonderinteressen.

Als für die Emulgatorfabrik die Planaufgabe bei einigen Erzeugnissen herabgesetzt wurde, blieben alle Arbeitskräfte in diesem Betrieb. Vom Standpunkt der Verantwortung für das Kollektiv des Werkes und der gesellschaftlichen Interessen hätte die Betriebsleitung sofort einige Arbeiter, die nicht mehr für die produktive Arbeit eingesetzt werden konnten, anderen Betrieben unseres Werkes zur Verfügung stellen müssen. Die Sonderinteressen der Betriebsleitung der Emulgatorfabrik — sie wollte sich anscheinend eine Reserve von Arbeitskräften schaffen — hatten jedoch diese gesellschaftlich notwendige Maßnahme verhindert. Die Wirtschaftsfunktionäre wollten nicht gleich ihr egoistisches Denken und Handeln zugeben. Sie vertraten sogar die Auffassung, daß auf Grund von Krankheit und Urlaub noch Arbeitskräfte fehlten. Die Parteigruppe, unterstützt von den Genossen der Parteileitung, wies jedoch nach, daß die Zahl der Arbeitskräfte gegenüber dem Stellenplan, wobei die neue Produktionsaufgabe noch nicht berücksichtigt war, um einige Prozent höher lag. Das Ergebnis war, daß die Arbeitsproduktivität nicht die geplante Höhe erreichte. Jetzt konnte die Betriebsleitung nicht mehr ausweichen. Nachdem die Genossen nochmals eindringlich erklärt hatten, daß es unzulässig sei, besondere Interessen über die des gesamten Werkes zu stellen, sah die Betriebsleitung ein, daß sie eine falsche Position hatte. Damit war ein wesentliches Hindernis für die richtige Organisation des Wettbewerbs beiseite geräumt. Gemeinsam wurde festgelegt, daß die Betriebsleitung das Schichtsohl für die einzelnen Brigaden und die Materialverbrauchsnormen bekannt gibt, um auf dieser Grundlage einen neuen Wettbewerb organisieren zu können. Außerdem wurde vereinbart, daß die Betriebsleitung Maßnahmen einleitet, um die Belegschaftsmitglieder so zu qualifizieren, daß sie jederzeit in Schwerpunktbetrieben unseres Werkes arbeiten können.

Nach dieser Aussprache konnte die Parteigruppe mit gut fundierten Vorschlägen in den Produktionsberatungen auftreten. Zuerst berieten der Gewerkschaftsvertrauensmann, der Parteigruppenorganisator und der Vorsitzende des Ausschusses für Produktionsberatungen, wie die Initiative der Belegschaft am besten entfaltet werden kann. Sie vereinbarten, in den Produktionsberatungen zunächst einmal die Belegschaft mit dem Stand der Planerfüllung vertraut zu machen, um das Verantwortungsgefühl für die Entwicklung des Betriebes zu stärken. In den dann folgenden Produktionsberatungen wurde vor allem über die Steigerung der Arbeitsproduktivität diskutiert.

Einige Kollegen äußerten, daß der Betrieb jedes Jahr einen höheren Gewinn brächte, an dem sie aber nicht in entsprechendem Maße beteiligt wären. Diese irrige Ansicht widerlegte die Parteileitung mit vielseitigen Mitteln der Propaganda und Agitation und erläuterte allen Kollegen, in welcher Form sie und ihre Familien am Gewinn des Werkes und am gesamten Volkseinkommen beteiligt sind.

Die Genossen führten in den Produktionsberatungen die Auseinandersetzung. Sie erklärten den Kollegen, daß sich in unseren sozialistischen Betrieben die persönlichen mit den gesellschaftlichen Interessen decken und daß die ständige Steigerung der Arbeitsproduktivität die Voraussetzung dafür ist, den Volkswohlstand immer mehr zu heben. Sie zeigten zugleich, daß die Arbeitsproduktivität in erster Linie durch den sozialistischen Wettbewerb gesteigert werden kann und